

1976	Ausgegeben zu Bonn am 16. März 1976	Nr. 15
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
12. 3. 76	Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu vom 9. Oktober 1975	393
12. 2. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erklärung des Ehwillens, das Heiratsminderalter und die Registrierung von Eheschließungen	403
16. 2. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	404
16. 2. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens	404
16. 2. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum	405
16. 2. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger	405
17. 2. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verträge des Weltpostvereins und der Vollzugsordnungen zu den Verträgen	406
18. 2. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums	407
20. 2. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Internationale Zivilluffahrt und der Vereinbarung über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr	407
20. 2. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation	408

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1975
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu
vom 9. Oktober 1975**

Vom 12. März 1976

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 9. Oktober 1975 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung sowie der Vereinbarung hierzu vom 9. Oktober 1975 wird zugestimmt. Das Abkommen und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Zeiten, die nach dem polnischen Recht der Rentenversicherung zu berücksichtigen sind, sind gemäß Artikel 4 Abs. 2 des Abkommens in demselben zeitlichen Umfang in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung in entsprechender Anwendung des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes vom 25. Februar 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 93) zu berücksichtigen, solange der Berechtigte im Geltungsbereich dieses Gesetzes wohnt.

(2) Soweit sich Zeiten nach Absatz 1 mit Zeiten überschneiden, die nach deutschem Recht zu berücksichtigen sind, werden die erstgenannten Zeiten berücksichtigt; dies gilt nicht für Zeiten, für die Beiträge zur deutschen gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet worden sind.

Artikel 3

(1) Das Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz findet auf diejenigen der in Artikel 7 des Abkommens genannten Berechtigten, die die Voraussetzungen des § 1 und des § 5 Abs. 1 Nr. 1 oder des § 5 Abs. 4 Satz 2 des Fremdrentengesetzes vom 25. Februar 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 93) nicht erfüllen, solange entsprechend Anwendung, als sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes wohnen.

(2) Unfälle und Krankheiten, gegen die der Verletzte nicht bei einem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung versichert war, gelten als Arbeitsunfälle, wenn sie bei Eintritt im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Arbeitsunfälle zu entschädigen gewesen wären.

Artikel 4

(1) Hat ein Versicherungsträger im Geltungsbereich dieses Gesetzes Ansprüche oder Anwartschaften für Personen, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes wohnen, bereits vor dem Inkrafttreten des Abkommens bindend festgestellt oder abgelehnt, so werden sie unter Berücksichtigung dieses Gesetzes mit Wirkung vom Inkrafttreten des Abkommens an neu festgestellt oder festgestellt, falls dies innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens beantragt wird. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so erfolgt die Neufeststellung oder Feststellung mit Wirkung von dem der Antragstellung folgenden Monat an.

(2) Stellt ein Versicherungsträger im Geltungsbereich dieses Gesetzes für Personen, die im Gebiet der Volksrepublik Polen wohnen, nach Inkrafttreten des Abkommens Leistungen für Zeiten vor Inkrafttreten des Abkommens fest, so beginnt die Rente frühestens vier Jahre vor Inkrafttreten des Abkommens. Bei Feststellung einer Rente gemäß § 1321 der Reichsversicherungsordnung, § 100 des Angestelltenversicherungsgesetzes oder § 108 c des Reichsknappschaftsgesetzes bleiben Zeiten außer Betracht, die nach dem polnischen Recht der Rentenversicherung oder auf Grund der von der Volksrepublik Polen mit Drittstaaten geschlossenen Abkommen bei Feststellung einer polnischen Rente berücksichtigt wurden oder bei Eintritt des Versicherungsfalles berücksichtigt würden. Dies gilt entsprechend bei Feststellung einer Rente nach § 13 des Fremdrentengesetzes bezüglich von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten, deren Entschädigung ein polnischer Versicherungsträger übernommen hat oder bei Erreichung eines entschädigungspflichtigen Grades der Erwerbsminderung zu übernehmen hätte.

Artikel 5

(1) Von dem in Artikel 1 Abs. 1 der Vereinbarung genannten Betrag werden

643,5 Millionen DM von der knappschaftlichen Rentenversicherung,

396 Millionen DM von der Rentenversicherung der Arbeiter,

247,5 Millionen DM von der Rentenversicherung der Angestellten,

6,5 Millionen DM vom Bund als Träger der Unfallversicherung und

6,5 Millionen DM von den gewerblichen Berufsgenossenschaften

getragen.

(2) Der von der Rentenversicherung der Arbeiter zu tragende Betrag, der sich auf die einzelnen Träger der Rentenversicherung der Arbeiter gemäß § 1390 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung verteilt, wird vorschußweise von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zusammen mit dem von ihr zu tragenden Betrag gezahlt und beim Finanzausgleich zwischen der Rentenversicherung der Arbeiter und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte verrechnet. Der von den gewerblichen Berufsgenossenschaften zu tragende Betrag wird vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften gezahlt und ist von den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Verhältnis ihrer Rentenausgaben im Jahre 1974 aufzubringen.

(3) Das Bundesversicherungsamt setzt im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die jeweils fälligen Raten für die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, die Bundesknappschaft, die Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung und den Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften fest. Diese Stellen überweisen bei Inkrafttreten des Abkommens den auf sie entfallenden Anteil der ersten Rate und in jeweils zwölfmonatlichen Abständen die Anteile der zweiten und dritten Rate an das Bundesversicherungsamt.

(4) Die Zahlung der nach Artikel 2 der Vereinbarung fälligen Raten erfolgt durch das Bundesversicherungsamt im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Artikel 6

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Durchführungsvereinbarungen über das Antrags-, Feststellungs- und Zahlungsverfahren der zuständigen Behörden gemäß Artikel 11 Buchstabe b des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen Näheres über diese Verfahren zu regeln. Dabei kann den Betroffenen die Pflicht zur Vorlage von Bescheinigungen, zur Verwendung von Vordrucken und zur Antragstellung auferlegt werden. Weiter kann festgelegt werden, wie beim Zusammentreffen von deutschen und polnischen Leistungen zur Vermeidung doppelter Leistungen zu verfahren ist. Darüber hinaus können Zahlstellen, Zahlwege und Zahlungsart vorgeschrieben werden.

Artikel 7

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 8

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 19 und die Vereinbarung nach ihrem Artikel 4 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. März 1976

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Arendt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Volksrepublik Polen
über Renten- und Unfallversicherung**

**Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Polską Rzeczpospolitą Ludową
o zaopatrzeniu emerytalnym i wypadkowym**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Volksrepublik Polen

Republika Federalna Niemiec
i
Polska Rzeczpospolita Ludowa

zur Regelung der Beziehungen auf dem Gebiet der Renten- und Unfallversicherung

dla uregulowania stosunków w dziedzinie zaopatrzenia emerytalnego i wypadkowego,

sind wie folgt übereingekommen:

uzgodniły co następuje:

I. Allgemeine Bestimmungen

I. Postanowienia ogólne

Artikel 1

Artykuł 1

Für die Anwendung dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

Dla stosowania niniejszej Umowy następujące pojęcia oznaczają:

1. „Zuständige Behörde“
 - für die Bundesrepublik Deutschland — den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
 - für die Volksrepublik Polen — den Minister für Arbeit, Löhne und Sozialangelegenheiten;
2. „Wohnort“ oder „wohnen“
 - für die Bundesrepublik Deutschland — den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes oder sich gewöhnlich aufhalten,
 - für die Volksrepublik Polen — den Ort des ständigen Wohnsitzes oder ständig wohnen;
3. „Rentenversicherung“
 - für die Bundesrepublik Deutschland — die Rentenversicherung für den Fall des Alters, der Invalidität oder des Todes,
 - für die Volksrepublik Polen — die Versorgung für den Fall des Alters, der Invalidität oder des Todes;
4. „Unfallversicherung“
 - für die Bundesrepublik Deutschland — die Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
 - für die Volksrepublik Polen — das besondere Rentensystem für Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten;
5. „Ermessensleistungen“

die Renten, die von den Versicherungsträgern nach den Vorschriften der Renten- oder Unfallversicherung gezahlt werden können, aber nicht Pflichtleistungen dieser Versicherungsträger sind.

1. „właściwa władza“
 - dla Republiki Federalnej Niemiec — Federalnego Ministra Pracy i Spraw Socjalnych,
 - dla Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej — Ministra Pracy, Płac i Spraw Socjalnych;
2. „miejsce zamieszkania“ lub „mieszkać“
 - dla Republiki Federalnej Niemiec — miejsce zwykłego pobytu lub zwykle przebywać,
 - dla Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej — miejsce stałego zamieszkania lub stale zamieszkiwać;
3. „zaopatrzenie emerytalne“
 - dla Republiki Federalnej Niemiec — ubezpieczenie rentowe na okoliczność starości, inwalidztwa lub śmierci,
 - dla Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej — zaopatrzenie na starość, na wypadek inwalidztwa lub śmierci;
4. „zaopatrzenie wypadkowe“
 - dla Republiki Federalnej Niemiec — ubezpieczenie od wypadków przy pracy i chorób zawodowych,
 - dla Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej — odrębny system rent dla pracowników z tytułu wypadków przy pracy i chorób zawodowych;
5. „świadczenia uznaniowe“
 - renty, które mogą być wypłacane przez instytucje ubezpieczeniowe według przepisów o zaopatrzeniu emerytalnym lub wypadkowym, ale które nie są świadczeniami obowiązkowymi tych instytucji ubezpieczeniowych.

Artikel 2

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich:
- hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland auf
 - a) die Rentenversicherung der Arbeiter, die Rentenversicherung der Angestellten und die knapp-schaftliche Rentenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung;
 - hinsichtlich der Volksrepublik Polen auf
 - a) die Altersversorgung der Arbeitnehmer einschließlich der Versorgungssysteme für Bergleute und Eisenbahner,
 - b) die Unfallversorgung.

(2) Dieses Abkommen findet auf alle Änderungen der Regelungen in den in Absatz 1 genannten Zweigen Anwendung.

Artikel 3

Dieses Abkommen berührt nicht

- a) Abkommen eines Staates, die mit dritten Staaten geschlossen worden sind;
- b) Bestimmungen, die von einer zwischenstaatlichen Einrichtung erlassen sind, deren Mitglied ein Staat ist;
- c) das Abkommen vom 25. April 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Sozialversicherung von Arbeitnehmern, die in das Gebiet des anderen Staates vorübergehend entsandt werden.

II. Rentenversicherung

Artikel 4

(1) Renten der Rentenversicherung werden vom Versicherungsträger des Staates, in dessen Gebiet der Berechtigte wohnt, nach den für diesen Träger geltenden Vorschriften gewährt.

(2) Der in Absatz 1 genannte Träger berücksichtigt bei Feststellung der Rente nach den für ihn geltenden Vorschriften Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten und diesen gleichgestellte Zeiten im anderen Staat so, als ob sie im Gebiet des ersten Staates zurückgelegt worden wären.

(3) Renten nach Absatz 2 stehen nur für die Zeit zu, in der die betreffende Person im Gebiet des Staates wohnt, dessen Versicherungsträger die Rente festgestellt hat. In dieser Zeit hat ein Rentenempfänger keinen Anspruch auf Grund von Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten und diesen gleichgestellte Zeiten im anderen Staat gegenüber dem Versicherungsträger dieses Staates, soweit nicht Artikel 15 oder 16 etwas anderes bestimmt.

Artikel 5

(1) Verlegt ein Rentner seinen gewöhnlichen Aufenthalt in das Gebiet des anderen Staates, so wird die Zahlung der Rente mit Ablauf des Monats eingestellt, in dem der Wohnort gewechselt wurde.

(2) Der Versicherungsträger des Staates, in den der Rentner seinen gewöhnlichen Aufenthalt verlegt hat, entscheidet für die Zeit nach Einstellung der Rentenzahlung nach den für ihn geltenden Vorschriften in entsprechender Anwendung des Artikels 4 Absatz 2 über den Rentenanspruch.

(3) Der Antrag auf Gewährung einer Rente gemäß Absatz 2 ist innerhalb von drei Monaten zu stellen. Bei späterer Antragstellung richtet sich der Beginn der Rentenzahlung nach den Vorschriften des Staates, in den der Rentner seinen gewöhnlichen Aufenthalt verlegt hat.

Artykuł 2

1. Niniejsza Umowa obejmuje:
 - w Republice Federalnej Niemiec
 - a) ubezpieczenie rentowe robotników, ubezpieczenie rentowe pracowników umysłowych i ubezpieczenie rentowe górników,
 - b) ubezpieczenie wypadkowe;
 - w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej
 - a) zaopatrzenie emerytalne pracowników, włącznie z systemami emerytalnymi górników i kolejarzy,
 - b) zaopatrzenie wypadkowe;

2. Niniejsza Umowa ma zastosowanie do wszystkich zmian uregulowań w dziedzinach wymienionych w ustępie 1.

Artykuł 3

Niniejsza Umowa nie narusza:

- a) umów jednego z Państw, które zostały zawarte z państwami trzecimi,
- b) postanowień wydanych przez instytucję między-państwową, której członkiem jest jedno z Państw,
- c) Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową o ubezpieczeniu społecznym pracowników wysłanych przejściowo na terytorium drugiego Państwa z dnia 25 kwietnia 1973 roku.

II. Zaopatrzenie emerytalne

Artykuł 4

1. Renty z zaopatrzenia emerytalnego przyznaje, według obowiązujących ją przepisów, instytucja ubezpieczeniowa Państwa, na którego terytorium osoba uprawniona mieszka.

2. Instytucja, o której mowa w ustępie 1, przy ustalaniu renty uwzględnia według obowiązujących ją przepisów okresy ubezpieczenia, okresy zatrudnienia oraz okresy z nimi zrównane w drugim Państwie w taki sposób, jak gdyby zaistniały na terytorium pierwszego Państwa.

3. Renty według ustępu 2 przysługują tylko przez okres zamieszkiwania na terytorium Państwa, którego instytucja ubezpieczeniowa ustaliła rentę. W okresie tym osoba pobierająca rentę nie ma roszczenia do instytucji ubezpieczeniowej drugiego Państwa z tytułu okresów ubezpieczenia, okresów zatrudnienia oraz okresów z nimi zrównanych w drugim Państwie, jeżeli artykuł 15 lub 16 nie zawiera innych postanowień.

Artykuł 5

1. Jeżeli rencista zmieni miejsce pobytu i zamieszka na terytorium drugiego Państwa, wypłata renty będzie wstrzymana z upływem miesiąca, w którym nastąpiła zmiana miejsca zamieszkania.

2. Instytucja ubezpieczeniowa Państwa, w którym rencista zamieszkał, decyduje o prawie do renty za okres od wstrzymania wypłaty renty, według obowiązujących ją przepisów, stosując odpowiednio artykuł 4 ustęp 2.

3. Wniosek o rentę w myśl ustępu 2 winien być złożony w ciągu 3 miesięcy. W przypadku późniejszego złożenia wniosku początek placenia renty ustala się według przepisów Państwa, w którym rencista zamieszkał.

(4) Verlegt ein Rentner seinen gewöhnlichen Aufenthalt erneut in das Gebiet des ersten Staates, so nimmt der Versicherungsträger dieses Staates die Rentenzahlung vom ersten Tage des der Rückkehr folgenden Monats wieder auf.

Artikel 6

(1) Personen, die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wohnen, haben keinen Anspruch auf Erstattung der Beiträge, die sie an Versicherungsträger der Volksrepublik Polen entrichtet haben.

(2) Personen, die im Gebiet der Volksrepublik Polen wohnen, haben keinen Anspruch auf Erstattung der Beiträge, die sie an Versicherungsträger der Bundesrepublik Deutschland entrichtet haben.

(3) Die Versicherungsträger dürfen bereits erstattete Beiträge nicht zurückfordern.

III. Unfallversicherung

Artikel 7

(1) Renten der Unfallversicherung werden vom Versicherungsträger des Staates, in dessen Gebiet der Berechtigte wohnt, nach den für diesen Träger geltenden Vorschriften gewährt.

(2) Der in Absatz 1 genannte Träger berücksichtigt bei Feststellung der Rente nach den für ihn geltenden Vorschriften Unfälle oder Krankheiten, die im Gebiet des anderen Staates eingetreten sind oder als dort eingetreten gelten, so, als ob sie im Gebiet des ersten Staates eingetreten wären.

(3) Renten nach Absatz 2 stehen nur für die Zeit zu, in der die betreffende Person im Gebiet des Staates wohnt, dessen Versicherungsträger die Rente festgestellt hat. In dieser Zeit hat ein Rentenempfänger keinen Anspruch auf Grund von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten im anderen Staat gegenüber dem Versicherungsträger dieses Staates, soweit nicht Artikel 15 oder 16 etwas anderes bestimmt.

Artikel 8

Verlegt eine Person, die Rente aus der Unfallversicherung bezieht, ihren gewöhnlichen Aufenthalt in das Gebiet des anderen Staates, so gilt Artikel 5 entsprechend.

IV. Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 9

Andere Geldleistungen als Renten und Sachleistungen, einschließlich der Leistungen zur Rehabilitation, aus der Renten- oder Unfallversicherung gewährt nach den für ihn geltenden Vorschriften nur der Versicherungsträger des Staates, in dessen Gebiet die berechtigte Person wohnt. Artikel 4 Absatz 2 gilt entsprechend.

Artikel 10

Der Versicherungsträger, der Leistungen nach diesem Abkommen gewährt, erhält keinen Ersatz der Aufwendungen für die gewährten Leistungen von einem Versicherungsträger des anderen Staates.

Artikel 11

Zur Durchführung dieses Abkommens:

- a) verkehren die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander;

4. Jeżeli rencista ponownie zmieni miejsce pobytu i zamieszka na terytorium pierwszego Państwa, instytucja ubezpieczeniowa tego Państwa wznowi wypłatę renty od pierwszego dnia miesiąca następującego po powrocie.

Artykuł 6

1. Osoby, które mieszkają na terytorium Republiki Federalnej Niemiec, nie mają roszczeń o zwrot składek wpłaconych do instytucji ubezpieczeniowych Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej.

2. Osoby, które mieszkają na terytorium Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, nie mają roszczeń o zwrot składek wpłaconych do instytucji ubezpieczeniowych Republiki Federalnej Niemiec.

3. Instytucje ubezpieczeniowe nie mogą żądać zwrotu już przekazanych składek.

III. Zaopatrzenie wypadkowe

Artykuł 7

1. Renty z zaopatrzenia wypadkowego przyznaje, według obowiązujących ją przepisów, instytucja ubezpieczeniowa tego Państwa, na terytorium którego mieszka osoba uprawniona.

2. Instytucja, o której mowa w ustępie 1, przy ustalaniu renty uwzględni według obowiązujących ją przepisów wypadki lub choroby, które zaistniały lub uznane są za zaistniałe na terytorium drugiego Państwa, w taki sposób, jak gdyby zaistniały na terytorium pierwszego Państwa.

3. Renty przyznane zgodnie z ustępem 2 przysługują tylko przez okres zamieszkiwania na terytorium Państwa, którego instytucja ubezpieczeniowa rentę ustaliła. W okresie tym osoba pobierająca rentę nie ma roszczenia do instytucji ubezpieczeniowej drugiego Państwa z tytułu wypadków przy pracy lub chorób zawodowych, które zaistniały na jego terytorium, jeżeli artykuł 15 lub 16 nie zawiera innych postanowień.

Artykuł 8

Jeżeli osoba pobierająca rentę z zaopatrzenia wypadkowego zmieni miejsce pobytu i zamieszka na terytorium drugiego Państwa stosuje się odpowiednio artykuł 5.

IV. Przepisy wspólne

Artykuł 9

Świadczeń pieniężnych innych niż renty, świadczeń rzeczowych i świadczeń dla rehabilitacji, wynikających z zaopatrzenia emerytalnego lub wypadkowego, udziela według obowiązujących ją przepisów tylko instytucja ubezpieczeniowa Państwa, na terytorium którego mieszka osoba uprawniona. Postanowienia artykułu 4 ustęp 2 stosuje się odpowiednio.

Artykuł 10

Instytucja ubezpieczeniowa, która udziela świadczeń na podstawie niniejszej Umowy, nie otrzymuje od instytucji ubezpieczeniowej drugiego Państwa zwrotu poniesionych z tego tytułu wydatków.

Artykuł 11

Dla stosowania niniejszej Umowy:

- a) właściwe władze porozumiewają się bezpośrednio między sobą,

- b) können die zuständigen Behörden die hierzu erforderlichen Maßnahmen vereinbaren;
- c) können die zuständigen Behörden, jede für ihren Bereich, eine oder mehrere Verbindungsstellen einsetzen;
- d) unterrichten sich die zuständigen Behörden gegenseitig über die geltende Gesetzgebung auf dem Gebiet der Sozialversicherung sowie über alle späteren Änderungen.
- b) właściwe władze mogą uzgodnić potrzebne do tego środki,
- c) właściwe władze mogą, każda w swoim zakresie, powołać jedną lub kilka instytucji łącznikowych,
- d) właściwe władze informują się wzajemnie o obowiązującym ustawodawstwie w dziedzinie ubezpieczenia społecznego, jak również o wszelkich późniejszych zmianach.

Artikel 12

(1) Die Behörden und Träger gewähren sich gegenseitig, erforderlichenfalls durch Vermittlung der Verbindungsstellen, unentgeltlich Amts- und Rechtshilfe bei der Durchführung dieses Abkommens sowie bei der Entscheidung von Streitfällen im Zusammenhang mit diesem Abkommen.

(2) Die Behörden und Träger übermitteln sich, erforderlichenfalls durch Vermittlung der Verbindungsstellen, auf Anforderung unentgeltlich Auskünfte und Nachweise über den Arbeits- und Versicherungsverlauf im Gebiet des anderen Staates.

(3) Die zuständigen Stellen und Personen, die im Gebiet des anderen Staates wohnen, können unmittelbar miteinander korrespondieren. Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke können durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Artikel 13

Schriftstücke, insbesondere Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe können in deutscher oder polnischer Sprache abgefaßt werden und dürfen wegen der Wahl einer der beiden Sprachen nicht zurückgewiesen werden.

Artikel 14

Urkunden, Dokumente und andere Schriftstücke, die im Rahmen der Anwendung dieses Abkommens vorzulegen sind, bedürfen nicht der Legalisation durch diplomatische oder konsularische Vertretungen.

V. Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen begründet Rechte und Leistungsverpflichtungen nur für einen Zeitraum nach seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung einer Leistung nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten und gleichgestellte Zeiten sowie andere in diesem Zusammenhang erhebliche Tatbestände vor seinem Inkrafttreten berücksichtigt.

(3) Soweit auf Grund eines bindenden Rentenbescheids oder eines rechtskräftigen Urteils Renten der Renten- oder Unfallversicherung in der Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens an Personen im Gebiet des anderen Staates gezahlt wurden, berührt dieses Abkommen die Zahlung dieser Renten auch für die Zeit nach seinem Inkrafttreten nicht.

(4) Bei Anwendung des Absatzes 3 gilt eine Unfallrente als in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt, wenn auf Grund des Ubereinkommens Nr. 19 der Internationalen Arbeitsorganisation diese Rente rückwirkend für einen Zeitraum vor Inkrafttreten des Abkommens gezahlt wird.

(5) Renten nach Absatz 3 und 4 gelten bei Anwendung des Artikels 9 als Renten, die von einem Versicherungsträger des Staates gezahlt werden, in dem der Berechtigte wohnt.

Artykuł 12

1. Władze i instytucje udzielają sobie wzajemnie, w miarę potrzeby za pośrednictwem instytucji łącznikowych, bezpłatnej pomocy prawnej i urzędowej przy stosowaniu niniejszej Umowy, jak również przy rozstrzyganiu przypadków spornych związanych z Umową.

2. Władze i instytucje przekazują sobie na wniosek i bezpłatnie, w miarę potrzeby za pośrednictwem instytucji łącznikowych, informacje i zaświadczenia o przebiegu pracy i ubezpieczenia na terytorium drugiego Państwa.

3. Właściwe instytucje i osoby mieszkające na terytorium drugiego Państwa mogą korespondować ze sobą bezpośrednio. Orzeczenia, decyzje i inne dokumenty wymagające potwierdzenia odbioru mogą być doręczane listem poleconym za zwrotnym poświadczaniem odbioru.

Artykuł 13

Pisma, w szczególności wnioski, oświadczenia i środki odwoławcze mogą być sporządzane w języku niemieckim lub polskim i nie mogą być odrzucane z powodu wyboru jednego z tych języków.

Artykuł 14

Świadcstwa, dokumenty i inne pisma, przedkładane w ramach stosowania niniejszej Umowy, nie wymagają legalizacji przez przedstawicielstwa dyplomatyczne lub urzędy konsularne.

V. Przepisy przejściowe i końcowe

Artykuł 15

1. Niniejsza Umowa uzasadnia prawa i zobowiązania do świadczeń tylko za okres po jej wejściu w życie.

2. Przy ustalaniu świadczeń według niniejszej Umowy uwzględnia się również zaistniałe przed jej wejściem w życie okresy ubezpieczenia, okresy zatrudnienia i okresy z nimi zrównane oraz inne związane z tym istotne okoliczności.

3. Jeżeli, na podstawie wiążącej decyzji rentowej lub prawomocnego orzeczenia, osobom mieszkającym na terytorium drugiego Państwa wypłacane były renty z zaopatrzenia emerytalnego lub zaopatrzenia wypadkowego w okresie przed wejściem w życie niniejszej Umowy, to niniejsza Umowa nie narusza wypłaty tych rent również w okresie po jej wejściu w życie.

4. Przy stosowaniu ustępu 3 rentę z zaopatrzenia wypadkowego uważa się za wypłacaną w okresie przed wejściem w życie niniejszej Umowy, jeżeli na podstawie Konwencji Nr 19 Międzynarodowej Organizacji Pracy rentę tę wypłaca się z mocą wsteczną za okres przed wejściem w życie Umowy.

5. Renty, o których mowa w ustępie 3 i 4, przy stosowaniu artykułu 9 traktowane są jak renty wypłacane przez instytucję ubezpieczeniową Państwa, w którym mieszka osoba uprawniona.

Artikel 16

Soweit Renten der Renten- oder Unfallversicherung der Bundesrepublik Deutschland für den Kalendermonat, der dem Inkrafttreten des Abkommens vorhergeht, an Personen im Gebiet der Volksrepublik Polen zu zahlen sind, berührt dieses Abkommen die Zahlung dieser Renten auch für die Zeit nach seinem Inkrafttreten nicht; dies gilt auch für einen neuen, unmittelbar anschließenden Versicherungsfall. Soweit Renten nach den Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die Rentenzahlung bei Auslandsaufenthalt an Personen in der Volksrepublik Polen für Zeiten vor Inkrafttreten des Abkommens zu zahlen sind, beginnt die Rentenzahlung frühestens vier Jahre vor Inkrafttreten dieses Abkommens.

Ermessensleistungen der Renten- oder Unfallversicherung nach den in einem der Staaten geltenden Vorschriften werden an Personen im Gebiet des anderen Staates nicht gezahlt. Soweit Ermessensleistungen auf Grund eines bindenden Bescheids oder eines rechtskräftigen Urteils an Personen im Gebiet des anderen Staates in der Zeit vor Unterzeichnung dieses Abkommens gezahlt wurden, berührt dieses Abkommen die Zahlung dieser Ermessensleistungen auch für die Zeit nach seinem Inkrafttreten nicht.

Artikel 17

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 18

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jedem Staat schriftlich gekündigt werden, jedoch nicht später als sechs Monate vor Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres; in einem solchen Falle tritt es mit Ablauf dieses Jahres außer Kraft.

(2) Tritt das Abkommen außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis zu seinem Außerkrafttreten erworbenen Ansprüche und Anwartschaften weiter.

Artikel 19

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

GESCHEHEN zu Warschau am 9. Oktober 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artykuł 16

Jeżeli renty z zaopatrzenia emerytalnego lub wypadkowego Republiki Federalnej Niemiec powinny być wypłacone osobom mieszkającym na terytorium Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej za miesiąc kalendarzowy, poprzedzający wejście w życie niniejszej Umowy, to niniejsza Umowa nie narusza wypłaty tych rent również za okres po jej wejściu w życie; odnosi się to również do nowych przypadków, stanowiących bezpośrednie następstwo poprzedniego tytułu do zaopatrzenia. Jeżeli renty według przepisów Republiki Federalnej Niemiec o ich wypłacie w okresie pobytu za granicą powinny być wypłacane osobom zamieszkałym na terytorium Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej za okresy przed wejściem w życie niniejszej Umowy, to wypłata tych rent rozpocznie się najwcześniej cztery lata przed wejściem w życie niniejszej Umowy.

Świadczenia uznaniowe z zaopatrzenia emerytalnego lub wypadkowego według przepisów obowiązujących w jednym z Państw nie będą wypłacane osobom mieszkającym na terytorium drugiego Państwa. Jeżeli na podstawie wiążącej decyzji lub prawomocnego orzeczenia osobom mieszkającym na terytorium drugiego Państwa wypłacane były świadczenia uznaniowe w okresie przed podpisaniem niniejszej Umowy, to niniejsza Umowa nie narusza wypłaty tych świadczeń uznaniowych również w okresie po jej wejściu w życie.

Artykuł 17

Stosownie do Czterostronnego Porozumienia z dnia 3 września 1971 r. niniejsza Umowa będzie rozciągać się zgodnie z ustalonymi procedurami na Berlin /Zachodni/.

Artykuł 18

1. Niniejsza Umowa zawarta zostaje na czas nieokreślony. Może ona być wypowiedziana pisemnie przez każde Państwo, nie później jednak niż na 6 miesięcy przed upływem danego roku kalendarzowego; w takim przypadku traci ona swą moc z końcem tego roku.

2. Jeżeli niniejsza Umowa straci swoją moc, to jej postanowienia odnośnie roszczeń i uprawnień nabytych przed jej wygaśnięciem pozostają nadal w mocy.

Artykuł 19

1. Niniejszej Umowie podlega ratyfikacji. Dokumenty ratyfikacyjne wymienione zostaną w Bonn możliwie najszybciej.

2. Niniejsza Umowa wchodzi w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca, po upływie tego miesiąca, w którym dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione.

SPORZĄDZONO w Warszawie, dnia 9. października 1975 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Republikę Federalną Niemiec
G e n s c h e r

Für die Volksrepublik Polen
Za Polską Rzeczpospolitą Ludową
O l s z o w s k i

Vereinbarung Porozumienie

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Volksrepublik Polen

- unter Berücksichtigung, daß diese Vereinbarung dem Abschluß eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung dient
- zur Regelung einer gegenseitigen Verrechnung im Bereich der Renten- und Unfallversicherung

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Zur wechselseitigen Abgeltung aller Ansprüche auf dem Gebiet der Renten- und Unfallversicherung sowie unter Berücksichtigung der Kosten für Leistungen aus diesen Versicherungen, die von den Versicherungsträgern der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen erbracht worden sind, sowie wegen Übernahme von Rentenleistungen dieser Träger, zahlt die Bundesrepublik Deutschland der Volksrepublik Polen einen Betrag in Höhe von 1,3 Milliarden Deutsche Mark.

(2) Diese Vereinbarung betrifft die Regelung von Ansprüchen aus der Renten- und Unfallversicherung zwischen den beiden Staaten und den Versicherungsträgern. Sie betrifft nicht Ansprüche von Einzelpersonen aus diesen Versicherungen, und die Zahlung des in Absatz 1 genannten Betrages begründet keine Verpflichtungen für die Regierung der Volksrepublik Polen gegenüber diesen Personen. Die Rechte der Einzelpersonen regelt das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung.

(3) Auf der Grundlage dieser Vereinbarung und gleichzeitig mit ihrem Inkrafttreten erlöschen in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Versicherungsträgern beider Staaten und damit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen alle Ansprüche in dem in Absatz 1 genannten Bereich.

Artikel 2

Der in Artikel 1 Absatz 1 genannte Betrag wird in drei Jahresraten ausgezahlt. Die erste Rate in Höhe von 440 Millionen Deutsche Mark wird binnen 14 Tagen nach Inkrafttreten der Vereinbarung gezahlt, die folgenden Raten in Höhe von 430 Millionen Deutsche Mark in Abständen von jeweils 12 Monaten.

Artikel 3

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird diese Vereinbarung in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Rząd Republiki Federalnej Niemiec

i

Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej

- uwzględniając, że niniejsze Porozumienie służy zawarciu Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową o zaopatrzeniu emerytalnym i wypadkowym,
- dla uregulowania wzajemnego rozliczenia w zakresie zaopatrzenia emerytalnego i wypadkowego,

uzgodniły co następuje:

Artykuł 1

1. Dla wzajemnego zaspokojenia wszelkich roszczeń w dziedzinie zaopatrzenia emerytalnego i wypadkowego oraz uwzględniając koszty świadczeń z tytułu tych zaopatrzeń, które zrealizowane były przez instytucje ubezpieczeniowe Republiki Federalnej Niemiec i Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, jak również z powodu przejęcia świadczeń rentowych tych instytucji, Republika Federalna Niemiec wypłaci Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej kwotę 1,3 mld DM.

2. Niniejsze Porozumienie dotyczy uregulowania roszczeń w zakresie zaopatrzenia emerytalnego i wypadkowego między obydwojoma Państwami i instytucjami ubezpieczeniowymi. Nie dotyczy ono roszczeń poszczególnych osób w zakresie tych zaopatrzeń, a wypłata kwoty określonej w ustępie 1 nie stwarza dla Rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej żadnych zobowiązań w stosunku do tych osób. Prawa poszczególnych osób reguluje Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową o zaopatrzeniu emerytalnym i wypadkowym.

3. Na podstawie niniejszego Porozumienia i wraz z jego wejściem w życie, wygasają we wzajemnych stosunkach pomiędzy instytucjami ubezpieczeniowymi obu Państw, a tym samym między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową, wszelkie roszczenia w zakresie wymienionym w ustępie 1.

Artykuł 2

Kwota wymieniona w Artykule 1 ustęp 1 będzie wypłacona w trzech ratach rocznych. Pierwsza rata w wysokości 440 milionów DM będzie wypłacona w ciągu 14 dni po wejściu w życie niniejszego Porozumienia, następne raty w wysokości 430 milionów DM każda w odstępach 12 miesięcy.

Artykuł 3

Stosownie do Czterostronnego Porozumienia z dnia 3 września 1971 roku niniejsze Porozumienie będzie rozciągać się zgodnie z ustalonymi procedurami na Berlin /Zachodni/.

Artikel 4

Diese Vereinbarung tritt am ersten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Volksrepublik Polen notifiziert hat, daß auf seiten der Bundesrepublik Deutschland die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

GESCHEHEN zu Warschau am 9. Oktober 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za Rząd Republiki Federalnej Niemiec
G e n s c h e r

Für die Regierung der Volksrepublik Polen
Za Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej
O l s z o w s k i

Artykuł 4

Niniejsze Porozumienie wchodzi w życie pierwszego dnia drugiego miesiąca po upływie tego miesiąca, w którym Rząd Republiki Federalnej Niemiec zawiadomił pisemnie Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, że po stronie Republiki Federalnej Niemiec spełnione są wewnętrzpaństwowe wymogi dla wejścia w życie niniejszego Porozumienia.

SPORZĄDZONO w Warszawie, dnia 9. października 1975 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erklärung des Ehemillens,
das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen**

Vom 12. Februar 1976

Das Übereinkommen vom 10. Dezember 1962 über die Erklärung des Ehemillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 161) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Ungarn am 3. Februar 1976
in Kraft getreten.

Ungarn hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgenden Vorbehalt gemacht:

(Translation)

(Übersetzung)

In acceding to the Convention, the Presidential Council of the Hungarian People's Republic declares that it does not consider paragraph 2 of article 1 of the Convention as binding the Hungarian People's Republic to grant, under the terms thereof, permit of marriage when one of the intending spouses is not present.

Beim Beitritt zu dem Übereinkommen erklärt der Präsidialrat der Ungarischen Volksrepublik, daß nach seiner Auffassung Artikel 1 Absatz 2 des Übereinkommens die Ungarische Volksrepublik nicht verpflichtet, aufgrund des Übereinkommens eine Heiratsgenehmigung zu erteilen, wenn einer der künftigen Ehegatten nicht anwesend ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 26).

Bonn, den 12. Februar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst

Vom 16. Februar 1976

Die in Paris am 24. Juli 1971 beschlossene Fassung der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1069) wird nach ihrem Artikel 28 Abs. 2 Buchstabe c und Abs. 3 für

Griechenland am 8. März 1976
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. November 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 2233).

Bonn, den 16. Februar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens

Vom 16. Februar 1976

Das am 24. Juli 1971 in Paris revidierte Welturheberrechtsabkommen vom 6. September 1952 (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1069, 1111) ist nach seinem Artikel IX Abs. 2, die Zusatzprotokolle 1 und 2 zu diesem Abkommen sind jeweils nach ihrer Ziffer 2 Buchstabe b für

Marokko am 28. Januar 1976
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Januar 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 229).

Bonn, den 16. Februar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum
Vom 16. Februar 1976

Das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 293, 295) wird nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Griechenland am 4. März 1976
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. November 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 2234).

Bonn, den 16. Februar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz der Hersteller von Tonträgern
gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger
Vom 16. Februar 1976

Das Übereinkommen vom 29. Oktober 1971 zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1669) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Kenia am 21. April 1976
Luxemburg am 8. März 1976
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Oktober 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 1435).

Bonn, den 16. Februar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Verträge des Weltpostvereins und
der Vollzugsordnungen zu den Verträgen**

Vom 17. Februar 1976

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 7. November 1975 zu den Verträgen vom 5. Juli 1974 des Weltpostvereins (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 1513) und § 3 Abs. 2 der Verordnung vom 8. Dezember 1975 über die Inkraftsetzung der Vollzugsordnungen vom 5. Juli 1974 zu den Verträgen des Weltpostvereins (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 1797) wird hiermit bekanntgemacht, daß

1. das Zweite Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins,
2. die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins,
3. der Weltpostvertrag,
4. das Wertbriefabkommen,
5. das Postpaketabkommen,
6. das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen,
7. das Postscheckabkommen,
8. das Postnachnahmeabkommen,
9. das Postauftragsabkommen,
10. das Postsparkassenabkommen,
11. das Postzeitungsabkommen

nebst den Schlußprotokollen sowie die Vollzugsordnungen zu diesen Verträgen für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1976

in Kraft getreten sind; die Ratifikationsurkunde ist am 29. Dezember 1975 bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt worden.

Ferner sind am selben Tage für folgende Staaten die nachstehend bezeichneten Verträge in Kraft getreten:

Belgien	Nr. 1—11
Fidschi	Nr. 1—5
Frankreich	Nr. 1—10

Gesamtheit der Gebiete, die von der Französischen Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen der Überseegebiete vertreten werden

	Nr. 1—9
Island	Nr. 1—8
Japan	Nr. 1—7
Kanada	Nr. 1—3
Liechtenstein	Nr. 1—9, 11
Österreich	Nr. 1
Schweiz	Nr. 1—9, 11

Bonn, den 17. Februar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft
zum Schutz des gewerblichen Eigentums**

Vom 18. Februar 1976

Die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 293, 391) wird nach ihrem Artikel 20 Abs. 2 Buchstabe c und Abs. 3 für

Tunesien am 12. April 1976
in Kraft treten.

Die Ratifikationsurkunde Tunesiens enthält folgenden Vorbehalt zu Artikel 28 Abs. 1:

(Übersetzung)

„Jede Streitigkeit wird nur mit Zustimmung der beteiligten Parteien vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. November 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 2234).

Bonn, den 18. Februar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Internationale Zivilluftfahrt und der Vereinbarung
über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr**

Vom 20. Februar 1976

<p>1. Das Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt,</p> <p>2. die Vereinbarung vom 7. Dezember 1944 über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 411, 442)</p> <p>sind wie folgt in Kraft getreten:</p> <p>zu Nr. 1 nach Artikel 92 Buchstabe b für</p> <p>Bahamas am 26. Juni 1975</p> <p>Lesotho am 18. Juni 1975</p> <p>Nauru am 24. September 1975</p> <p>Papua-Neuguinea am 14. Januar 1976</p>	<p>zu Nr. 2 nach Artikel VI für</p> <p>Lesotho am 2. Oktober 1975</p> <p>Malawi am 27. März 1975</p> <p>Nauru am 24. September 1975</p> <p>Die Bahamas haben am 26. Juni 1975 erklärt, daß sie sich an die für sie vor ihrer Unabhängigkeit in Kraft befindliche Vereinbarung gebunden betrachten.</p> <p>Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. April 1975 (Bundesgesetzblatt II S. 755).</p>
---	---

Bonn, den 20. Februar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation**

Vom 20. Februar 1976

Das Übereinkommen vom 6. März 1948 über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 313) mit seinen Änderungen vom 15. September 1964 (Bundesgesetzblatt 1968 II S. 31) und vom 28. September 1965 (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 1033; 1969 II S. 108) ist nach seinem Artikel 57 Buchstabe c für

Guinea	am 3. Dezember 1975
Venezuela	am 27. Oktober 1975

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Oktober 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 1503).

Bonn, den 20. Februar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.